

Protokoll Nr. 26 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
21.08.2025	18:30 Uhr	21:10 Uhr	Bürgerhaus Hemelingen Godehardstraße 4 Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Heinz Hoffhenke
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Mine Müller
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Daniel Keveloh (SBMS)
Torsten Kirsch (SBMS)
Stefan Rose (DB InfraGO AG)
Faro Tuncel (Kinder- und Jugendvision)
Christine Stubbmann (Stepke)
Sylvia Grotheer (BEK)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.06.2025 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas

dazu eingeladen: Vertreter:innen der Senatorin für Kinder und Bildung, Träger von Kindertageseinrichtungen

TOP 4: Aktueller Sachstand Jugendhaus Hemelingen

dazu eingeladen: Träger Kinder- und Jugendvision

TOP 5: Weserbrücken insbesondere Wesersprung Ost (Fahrradbrücke)

TOP 6: Aktueller Sachstand Zeppelinintunnel

Dazu eingeladen: Vertreter:innen der DB

TOP 7: Vorstellung Strukturplan Rennbahn West

dazu eingeladen: Vertreter:innen der SBMS

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

Die Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute für die kürzlich verstorbene ehemalige Beiratssprecherin Gabriele Bredow.

Das Beiratsmitglied Heinz Hoffhenke gibt eine persönliche Stellungnahme zum Erfolg der 1. Fußballherrenmannschaft der SV Hemelingen ab.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.06.2025 und Rückmeldungen

Elisabeth Laß hat einen Änderungswunsch zum Thema Übergangwohnheim Grünes Dorf und schlägt eine alternative Formulierung vor:

"Elisabeth Laß erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Unterstützung bei der Wohnungssuche. Sie fragt, ob hierbei eine Priorisierung vorgesehen ist und ob es Mechanismen gibt, um die Menschen auch, wenn sie gerne bleiben würden, zum Auszug aus dem Wohnheim zu motivieren."

Da der Beirat keine Bedenken zu dem Formulierungsvorschlag äußert, wird das Protokoll der Sitzung vom 19.06.2025 mit der Einarbeitung des Änderungswunsches genehmigt.

Rückmeldungen

auf Beiratsbeschlüsse:

Information Schülerzahlen und Ressourcen

Jörn Hermening berichtet, dass die Zahlen am 09.05.2025 von der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) im Ortsamt eingegangen sind.

Die Beantwortung des Beschlusses von SKB erfolgte am 29.07.2025:

Jörn Hermening fasst die Antwort von SKB zusammen:

Die Behörde sorgt dafür, dass der Rechtsanspruch auf eine Versorgung mit einem Schulplatz immer erfüllt wird. Für weitere Anregungen ist man offen. Die aktuellen Zahlen sind beigefügt.

Das Ortsamt sichert zu, die Tabellen herumzuschicken. (Anlage 1)

Fahrradpiktogramme Zeppelinstraße

Jörn Hermening berichtet, dass die Fahrradpiktogramme in der Zeppelinstraße aufgebracht worden sind.

Verkehrssituation Tägtmeyerstraße

Jörn Hermening berichtet, dass die Baumaßnahme in der Hemelinger Heerstraße beendet ist und daher der Antrag hinfällig ist.

Bei zukünftigen Bautätigkeiten im Nahbereich der Kita wird jedoch im Einzelfall eine entsprechende Notwendigkeit von zu ergreifenden Maßnahmen geprüft.

Überholverbot Einspurfahrzeuge Ahlringstraße

Jörn Hermening berichtet, dass das Thema in der letzten Sitzung des Fachausschusses Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität am 18.08.2025 behandelt wurde.

Polizeiliche Kriminalstatistik

Antwortschreiben vom Senator für Inneres und Sport (SIS) vom 02.07.2025 (Anlage 2)

Eine Auswertung nach Tatdatum ist möglich, müsste aber händisch erfolgen (13.000 Taten, Arbeitsaufwand ca. 1 Monat), das kann derzeit aufgrund des Aufwandes nicht erfolgen. Einzelne Tatbereiche wurden in der Antwort noch einmal aufgeschlüsselt dargestellt.

auf Anliegen von Bürger:innen:

Mitsingveranstaltung in der Evangelischen Kirche in der Westerholzstraße

Jörn Hermening berichtet, dass aufgrund der vielen Beschwerden und nicht eingehaltenen Absprachen die Kirche dem Veranstalter gekündigt hat.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Bürger 1 berichtet, dass ihm und einigen Nachbarn aufgefallen ist, dass im Rondell im Schlengpark in der Nähe der Sandhofstraße in letzter Zeit vermehrt illegale Dinge vorstattengehen. Hauptsächlich werden diese von Jugendlichen und älteren Menschen um die 40 durchgeführt. Schwerpunktzeiten sind ganztags am Freitag und Samstag. Es fahren auch Mopeds, E-Scooter, Autos, etc. dort herum. Er möchte daher den Antrag stellen, das Rondell zu entfernen.

Bürger 1 möchte noch einen weiteren Antrag stellen. Er schlägt vor, am Ende des Parks Schilder aufzustellen, dass man in den Park aus Gründen der Sicherheit nicht einfahren darf.

Jörn Hermening antwortet, dass das Rondell von Jugendlichen gestaltet worden ist. Er informiert, dass im Park früher mal Schilder standen, diese aber abgebaut wurden, da in Parks das Fahren generell verboten ist. Das Thema kann im zuständigen Fachausschuss behandelt werden und in der darauffolgenden Beiratssitzung wird es dazu eine Rückmeldung zu geben.

Bürger 2 stellt den Antrag, in der Ludwig-Roselius-Allee eine Tempo 30 Zone einzurichten. Seine Idee wäre, die Straße weiterhin zweispurig befahren zu lassen und nachts Blitzer aufzustellen.

Jörn Hermening erläutert den derzeitigen Sachstand zur Querung in der Ludwig-Roselius-Allee. Die Umsetzung der Querung hat sich verzögert. 2026 soll sie gebaut werden. Der Regionalausschuss ist damit befasst. Aufgrund der aktuellen öffentlichen Diskussion ist das Ortsamt derzeit dabei, einen neuen Termin zu finden. Er sagt aber, dass die Durchsetzung von Tempo 30 schwierig wird, verspricht aber, dass man an dieser Sache dranbleibt.

Berfin Atac berichtet, dass die gesamte Sandhofstraße zugeparkt wird und dass dort etwas getan werden muss. Jörn Hermening antwortet, dass er zu diesem Thema in den kommenden Tagen einen Termin mit einer Bürgerin im Ortsamt hat und das Thema dann im zuständigen Fachausschuss behandelt wird.

Bürger 3 weist darauf hin, dass die Verkehrssituation an der Einmündung Vor dem Esch / Arberger Heerstraße insbesondere für Kinder sehr gefährlich sei. Beim Herausfahren aus der Straße Vor dem Esch sei die Arberger Heerstraße nur schwer einsehbar. Er erkundigt sich, welche Möglichkeiten er habe: Soll er sich direkt an die zuständige Behörde wenden oder wäre es sinnvoll, eine Unterschriftensammlung zu initiieren?

Elisabeth Laß bestätigt die Einschätzung des Bürgers und betont, dass die Situation für Kinder an dieser Stelle tatsächlich sehr gefährlich sei. Sie verweist darauf, dass sie bereits einen entsprechenden Antrag gestellt habe.

Jörn Hermening unterstützt die Anregung des Bürgers und ergänzt, dass eine Unterschriftensammlung durchaus hilfreich sein könne. Er verweist auf die Hemelinger Bahnhofstraße, wo die Einführung von Tempo 30 letztlich nur durch den zusätzlichen Druck von außen durchgesetzt werden konnte.

TOP 3: Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas

Uwe Jahn berichtet, dass zu diesem Tagesordnungspunkt auch SKB eingeladen worden sei, jedoch auf Nachfrage des Ortsamtes wiederholt erklärt wurde, nicht an der Sitzung teilzunehmen. Wie der Beirat auf diese Verweigerung der Behörde reagieren wird, bleibt abzuwarten. Im Anschluss an die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes soll hierzu ein interfraktioneller Antrag zur Abstimmung gestellt werden.

Dr. Christian Kornek zeigt sich ebenfalls bestürzt und verweist in diesem Zusammenhang auf die gesetzlichen Grundlagen des Beirats. In der vorherigen Sitzung des Geschäftsführungsausschusses wurde bereits die Möglichkeit erörtert, das Verwaltungsgericht einzuschalten.

Zum Thema Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas ist Sylvia Grotheer von der Bremer Evangelischen Kirche (BEK) anwesend. Sie ist zuständig für alle evangelischen Kitas in Bremen.

Auf Nachfragen aus dem Beirat berichtet Sylvia Grotheer:

- In den Einrichtungen wird frisches Essen bevorzugt.
- Derzeit erfolgt eine Prüfung, die von der Evangelischen Kirche selbst durchgeführt wird.
- Im Rahmen dieser Prüfung wird auch die Belieferung durch Cateringunternehmen in den Vergleich einbezogen.
- Eine Belieferung durch externe Anbieter ist jedoch ebenfalls mit Schwierigkeiten verbunden.
- Es besteht ein regelmäßiger Austausch mit den Küchen der Einrichtungen.

- Die finanziellen Mittel wurden gekürzt. Während früher die Stadt die Differenzen übernommen hat, stehen nun deutlich weniger Mittel zur Verfügung.
- Ein Vergleich mit anderen Kindertagesstätten liegt nicht vor und kann von den Verantwortlichen nicht vorgenommen werden. Der Sachverhalt wird nun juristisch geprüft. Die Kürzungen erfolgten kurzfristig, und die BEK wird alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Elisabeth Laß berichtet, dass derzeit ein Klageverfahren anhängig ist, und erkundigt sich nach der Situation hinsichtlich des Frühstücks in den Kitas der BEK. In anderen Einrichtungen werde ein Frühstück nur noch in den sogenannten Indexeinrichtungen bereitgestellt.

Sylvia Grotheer erwidert, sie würde gerne zusichern, dass das Angebot fortgeführt werde. Aufgrund der erheblichen Absenkung des Pro-Kind-Betrags sowie des Wegfalls der Bundesmittel sei dies jedoch finanziell nicht mehr möglich.

Ingo Tebbe fragt nach, welche konkreten Kürzungen vorgenommen wurden.

Daraufhin erklärt Sylvia Grotheer, dass unter anderem tarifliche Erhöhungen nicht ausgeglichen worden seien.

Als zweite Referentin spricht Christine Stubbmann vom Kita-Träger Stepke.

Christine Stubbmann berichtet wie folgt:

- Der Träger betreibt vier Kindertagesstätten in Bremen, darunter die Kita Butterblume in Hemelingen.
- Dort wird das Mittagessen weiterhin frisch zubereitet.
- Es stellt jedoch eine Herausforderung dar, da eine der Kitas ihren Indexstatus verloren hat.
- Der Träger signalisiert Gesprächsbereitschaft mit der Stadt, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, insbesondere im Hinblick auf die Frage, weshalb in einer Einrichtung eine Förderung möglich ist, in einer anderen hingegen nicht.
- Die Küchenkräfte werden sämtlich nach TVöD vergütet.

Ralf Bohr erkundigt sich, weshalb es einzelnen Kitas gelingt, frisch zu kochen, während die Kitas der BEK dies nicht umsetzen können. Christine Stubbmann erklärt, dass sie hierzu keine Auskunft geben könne.

Elisabeth Laß beantragt, das Thema in die Beirätekonferenz einzubringen.

Anträge:

1. Antrag: Der Beirat Hemelingen möchte das Thema Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas in die Beirätekonferenz einbringen und bittet die anderen Beiräte Bremens sich dem Antrag anzuschließen.

Uwe Jahn bittet die Beiratsmitglieder, das Thema in ihren Parteien anzusprechen und nach den Rückmeldungen in der nächsten Beiratssitzung zu beschließen.

Ralf Bohr lehnt das ab. Er ist dafür jetzt einen Beschluss zu fassen und den Antrag aufrechtzuerhalten.

Abstimmung: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Die Abstimmung fand ohne Reinhard Zwilling statt.

2. Antrag: Anforderung einer rechtlichen Beratung des Beirates Hemelingen gem. §7 (4) BeirOG

Ist die Sicht des Beirates korrekt, dass

1. Ressorts bei fristgerechter Einladung zu Themen mit Bezug zum Beiratsbereich gem. §7 Abs.1 Nr. 2 zur Teilnahme und Entsendung von Referent:innen verpflichtet sind und
2. ist dies beim Thema „Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas im Stadtteil Hemelingen“ anzuwenden?

Zum Hintergrund: Das Ressort Kinder und Bildung wurde fristgerecht zum Thema „Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas im Stadtteil Hemelingen“ zur Beiratssitzung am 21.08.2025 am 08.07.2025 eingeladen. Eine Teilnahme wurde mit Verweis auf das BeirOG abgelehnt, eine Antwort könne auch schriftlich erfolgen.

Der Beirat behält sich nach Würdigung der Antwort vor ggf. das Verwaltungsgericht zur Durchsetzung seiner Rechte anzurufen.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 4: Aktueller Sachstand Jugendhaus Hemelingen

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Faro Tuncel, Vorsitzender des Trägers Kinder- und Jugendvision, anwesend.

Der Beirat spricht ihm Anerkennung und Dank für sein langjähriges Engagement zugunsten der Jugendlichen im Stadtteil aus.

Faro Tuncel berichtet über den aktuellen Sachstand:

- Zum 01.09. ist die Schlüsselübergabe vorgesehen.
- Am 26.08. findet ein Treffen zwischen dem Träger und Immobilien Bremen statt.
- Anschließend soll die Einrichtung wieder im Jugendhaus präsent sein.
- Der Vertrag mit Immobilien Bremen sei zur Einsichtnahme unterzeichnet worden; ein Kooperationsvertrag mit der zuständigen Behörde bestehe ebenfalls.
- Der gesamte Prozess verlaufe mit großem Tempo, einschließlich eines beschleunigten Ausführungsverfahrens.
- Ein Ferienprogramm habe in Kooperation mit allen Trägern im Stadtteil stattgefunden, an dem rund 300 Jugendliche teilgenommen haben. Beteiligt waren unter anderem die SV Hemelingen, Mobile, der Mädchentreff, der Sportgarten sowie das Stadtteilmarketing.
- Eine solche Durchführung sei ohne enge Vernetzung nicht möglich gewesen.
- Die Inbetriebnahme des Jugendhauses ist für den 01.10. vorgesehen. Für die notwendigen Renovierungsarbeiten stehe ein Monat zur Verfügung.
- Einschränkend weist Faro Tuncel darauf hin, dass das Außengelände und die Einrichtung derzeit noch nicht genutzt werden dürften.

Fragen aus dem Beirat:

Mine Müller erkundigt sich nach der Gesellschaftsform des Trägers. Faro Tuncel erläutert, dass es sich seit Februar 2025 um einen eingetragenen Verein handelt.

Auf die Frage nach seiner bisherigen Tätigkeit erklärt er, bereits zuvor im Bereich der Jugendförderung im Stadtteil aktiv gewesen und für das Jugendhaus Hemelingen zuständig gewesen zu sein.

Auf die Nachfrage, ob der Träger bereits im Stadtteil aktiv sei, verweist er auf Drittmittelakquise über WIN sowie auf das Ferienangebot.

Ralf Bohr fragt nach einem Ausblick auf die zukünftige Entwicklung.

Jens Dennhardt erkundigt sich, ob die Renovierungskosten vom Ressort übernommen werden.

Ingo Tebbe fragt nach den längerfristigen Zielsetzungen und ob bereits alle Fördermittel ausgeschöpft seien.

Antworten von Faro Tuncel:

- Die Drittmittelakquise befinde sich bereits in vollem Gange.
- Bestehende Angebote sollen aufrechterhalten werden. Darüber hinaus seien internationale Kooperationen, Projekte zur Demokratiebildung, die Einbindung in den Jugendring sowie Initiativen zu Klimarechten geplant.
- Verlässliche Öffnungszeiten seien vorgesehen, darunter eine monatliche Öffnung auch an Samstagen.
- Hinsichtlich der Renovierung bestehe ein sehr guter Austausch mit der Sozialbehörde. Gemeinsam werde eine Lösung gefunden, sodass die Eröffnung im Oktober erfolgen könne.

TOP 5: Weserbrücken insbesondere Wesersprung Ost (Fahrradbrücke)

Jörn Hermening berichtet, dass dieses Thema in der nächsten Beiratssitzung erneut aufgegriffen und dort ausführlich behandelt werde. Er verliest hierzu die Antwort des zuständigen Staatsrats und weist darauf hin, dass die Kreiszeitung bereits ein Foto der geplanten Brücke (Wettbewerbssieger) veröffentlicht habe.

Antwort von Staatsrat Ralph Baumheier vom 21.07.2025:

Lieber Herr Hermening,

Die aktuelle Haushaltssituation im Bund und in Bremen führt dazu, dass wir auch im Bereich der geplanten Fahrradbrücken neue Lösungen entwickeln müssen. Angesichts der räumlichen Nähe zur neuen Weserstrom-Brücke der A 1 sind die bisherigen Planungen zu einer eigenen Fahrradbrücke im Bereich der Korbinsel nicht weiter erfolgversprechend.

Da der sog. Wesersprung im Osten der Stadt für uns als Ressort aber besondere Bedeutung hat und wir hier besondere Potenziale und auch Bedarfe sehen, bemühen wir uns gemeinsam mit dem Bund um alternative Lösungen.

Im Rahmen des aktuellen städtebaulichen Wettbewerbs zur Ausgestaltung der neuen Weserstrom-Brücke hat die DEGES daher eine begleitende Fahrradquerung direkt mit in die Aufgabenstellung integriert.

Parallel sind wir als Mobilitätsressort in intensiven Gesprächen mit dem Bundesverkehrsministerium zur weitergehenden formalen Absicherung einer solchen

Kombinationslösung. Sobald mir hierzu neue Erkenntnisse vorliegen, würde ich Sie entsprechend informieren.

Ralf Bohr äußert seine Enttäuschung. Die Planungsmittel seien bereits ausgegeben, und der Beirat habe die entsprechenden Schritte unterstützt. Der Beschluss zur Forderung sei weiterhin gültig. Er spricht sich dafür aus, die Planungen zur Brücke fortzuführen, und wünscht sich heute den Beschluss zu fassen, das Ressort erneut aufzufordern, den Bau der Fahrradbrücke voranzutreiben.

Jens Dennhardt schließt sich der Kritik an. Er bemängelt die fehlende Priorisierung und äußert die Sorge, dass andernfalls keine attraktive Lösung geschaffen werde. Unterhalb der Brücke entstünden „Angsträume“, die Situation werde weit in die Zukunft verschoben. Er spricht sich dafür aus, einen Beschluss in der nächsten Sitzung zu fassen.

Reinhard Zwilling weist darauf hin, dass Bremen ebenso wie der Bund keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung habe. Er verweist auf die Überquerungsmöglichkeit des Weserwehrs, das sich ganz in der Nähe befindet und mit dem sich gut leben lasse.

Ingo Tebbe betont, dass die Brücke bereits jetzt dringend benötigt werde. Er würde sich einem entsprechenden Antrag auf der kommenden Sitzung anschließen und bezeichnet die aktuelle Situation als äußerst ärgerlich sowie als verpasste Chance.

Mine Müller unterstreicht, dass zwar politischer Druck erforderlich sei, zugleich jedoch auch andere dringliche Bedarfe – wie Mittel für Kinder oder den Straßenbau – berücksichtigt werden müssten.

Ralf Bohr hebt hervor, dass die Brücke bereits finanziert gewesen sei und weiterhin gefordert werden müsse. Er erneuert seinen Vorschlag, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass gemäß Geschäftsordnung zunächst über den Antrag auf Vertagung abzustimmen sei.

Abstimmung: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Der Beirat beschließt, das Thema in der kommenden Sitzung erneut zu behandeln.

TOP 6: Aktueller Sachstand Zeppelin-tunnel

Stefan Rose, Projektleiter der DB, ist online zugeschaltet und berichtet über den aktuellen Baufortschritt sowie die weiteren Planungen:

- Am 18.08. soll die zweigleisige Straßenbahnführung hergestellt sein.
- Die Asphaltierung ist noch nicht abgeschlossen, soll jedoch bis zum 01.10. fertiggestellt werden.
- Die Verlegung der Leitungen steht noch aus; die Arbeiten an den Nebenanlagen erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt.
- Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt derzeit auf der Nordseite.

Zeitplan der Anschlüsse:

- Der Anschluss zum Autohaus soll bis November hergestellt werden.

- Die Arbeiten von Wesernetz werden voraussichtlich sechs Wochen in Anspruch nehmen.
- Der Anschluss an den Sebaldsbrücker Bahnhof ist bis Ende November vorgesehen.
- Die Fernwärmeleitung von Wesernetz wird bereits jetzt verlegt; weitere Bereiche können jedoch erst nach Abschluss dieser Arbeiten ab Oktober bearbeitet werden.
- Der motorisierte Individualverkehr (MIV) soll ab dem 01.10. wieder möglich sein.

Reinhard Zwilling erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Demontage der Behelfsbrücke und dem Wiederaufbau des Bahndamms.

Stefan Rose antwortet, dass die Behelfsbrücke voraussichtlich im April 2026 demontiert wird; der Bahndamm soll bis Mitte 2027 wiederhergestellt sein.

Heinz Hoffhenke fragt nach dem Stand der Fernwärme.

Stefan Rose antwortet, dass sie sich mit Wesernetz hierzu in engem Austausch befinden.

Reinhard Zwilling erkundigt sich, wie technisch sichergestellt wird, dass der Tunnel nicht dauerhaft unter Wasser steht.

Stefan Rose antwortet, dass ein neuer technischer Standard angewendet wird; der Tunnel ist auf einen Höchstwasserstand von über drei Metern ausgelegt. Auch für Starkregenereignisse sei ein Pumpwerk installiert worden.

Jörn Hermening bedankt sich bei Stefan Rose für die Ausführungen und äußert seine Erleichterung, dass die Baustelle dem Abschluss entgegengeht.

TOP 7: Vorstellung Strukturplan Rennbahn West

Torsten Kirsch führt in das Thema ein. Das Projekt läuft bereits seit längerer Zeit. Aufgrund von Lärmbelästigungen durch private Nachbarn ist das Bauen nicht unproblematisch. Seit etwa einem Jahr sei das Projekt erneut aktiv, die Aufstellung des Bebauungsplanes (B-Plan) in der Deputation ist für September vorgesehen.

Daniel Keveloh erläutert die Lage (Anlage 3): Die ehemaligen Stallungen und Pferdeboxen liegen im Osten bis zum Hotel im Norden; ein Privatgrundstück grenzt im Süden an, die Ludwig-Roselius-Allee im Westen. Es handele sich um kleine Strukturen und geplante Wohnbebauung. Ein Bebauungsplan liege bislang nicht vor, jedoch existiere ein Flächennutzungsplan. Der Investor plane insgesamt rund 90 Wohneinheiten, abhängig von den Gutachten sei eine Reihenhaussiedlung vorgesehen. Die Erschließung solle von der Ludwig-Roselius-Allee erfolgen.

Dr. Christian Kornek gibt eine Stellungnahme zu den Plänen des Wirtschaftsressorts, eine anteilige Wohnbebauung auf dem Rennbahngelände in Erwägung zu ziehen, ab.

Uwe Jahn erkundigt sich, ob ein eigener B-Plan entwickelt wird oder die Fläche gesamt überbaut wird.

Daniel Keveloh antwortet, dass ein eigener B-Plan erstellt wird.

Reinhard Zwilling spricht Lärmprobleme an.

Daniel Keveloh antwortet, dass sich diese hauptsächlich auf die Hotelnutzung beziehen.

Ralf Bohr fragt wann der Bauherr beginnen wird zu bauen, wenn der Aufstellungsbeschluss in diesem Jahr erfolge.

Daniel Keveloh: Kann er nicht sagen.

Jens Dennhardt regt an, öffentliche Straßen in die Planung einzubeziehen.

Daniel Keveloh antwortet, dass dies intern noch nicht geklärt sei; von außen sollen die Straßen öffentlich sein. Sozialer Wohnungsbau werde nicht umgesetzt. Aktuelle Vorgaben dazu seien nicht rückwirkend zu fordern.

Ingo Tebbe fragt nach der Neuplanung durch den Investor und welche Änderungen vorgesehen sind.

Daniel Keveloh antwortet, dass die alte Planung nicht mehr spruchreif sei. Es sei keine kleinteilige Bebauung mehr geplant, jetzt muss das Mobilitätsortsgesetz berücksichtigt werden. Daher haben sie beschlossen, die Planungen noch einmal ganz neu zu erstellen.

Sebastian Springer bedauert, dass kein sozialer Wohnungsbau vorgesehen ist.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob die Baumaßnahmen für die Ludwig-Roselius-Allee abgestimmt seien?

Daniel Keveloh antwortet, dass sie mit der Verkehrsabteilung bereits im Austausch stehen.

Reinhard Zwilling fragt nach Entwässerungsproblemen.

Daniel Keveloh antwortet, dass diese auf den hohen Grundwasserspiegel zurückzuführen seien.

Jörn Hermening fasst zusammen, dass bei zahlreichen Treffen viele Probleme erörtert worden seien. Die Gebäudeaufstellung wurde angepasst, wirtschaftliche Aspekte hätten ebenfalls eine Rolle gespielt, daher musste der Investor die Planung neu aufsetzen.

Abschließend wird vereinbart, dass der Beirat erneut informiert wird, sobald es wesentliche Entwicklungen gibt.

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Protokollgenehmigung der Planungskonferenz Berufliche Bildung

Das Protokoll der Sitzung vom 26.06.2025 wird genehmigt.

Beschlussentwurf aus der Planungskonferenz Berufliche Bildung

Jörn Hermening führt in die Thematik ein und stellt fest, dass der Beschlussentwurf im Vorfeld der Sitzung bereits an die Beiratsmitglieder versendet worden ist und teilt mit, dass sich der Beirat Vahr dem Beschlussvorschlag nicht anschließt. Der Beirat Osterholz hat laut Hermening bereits ein positives Signal gesendet.

Beschlussvorschlag:

*Gemeinsamer Beschluss der Beiräte Hemelingen, Osterholz und Vahr
aus der Planungskonferenz „Berufliche Bildung“ am 26.06.2025, beschlossen in den
Beiräten
- Hemelingen am XXXXXX*

- Osterholz am XXXXXX
- Vahr am XXXXXX

Die o.g. drei Beiräte haben sich am 26.06.2025 gemeinsam in einer Planungskonferenz mit dem Thema „Berufliche Bildung im Bremer Osten“ befasst. Nach Diskussion sind die Beiräte übereingekommen folgende Forderungen zu stellen, die inzwischen durch Beiratsbeschlüsse in den drei Stadtteilen untermauert wurden:

Die Werkschule und Werkstufe am Standort Dudweiler Straße muss erhalten bleiben!

Die Rahmenbedingungen am jetzigen Standort sind ideal für die angesprochene besonders förderbedürftige Schülerschaft, Gartenbau wäre z.B. in Walle aufgrund des begrenzten Außengeländes so nicht möglich.

Die spezielle Schüler:innengruppe mit besonderen Beeinträchtigungen verschiedenster Art braucht möglichst wenig Barrieren, dazu zählt auch eine räumliche Nähe zum Wohnort, viele Schüler:innen würden in Walle einfach nicht ankommen.

Das jetzige Schulgebäude hat Räume, die besonders geeignet sind.

Real ist der Austausch des jetzigen Schulstandortes mit den Oberschulen unserer Stadtteile viel intensiver als mit der Berufsschule. Es sind die Oberschulen, die an die Dudweiler Straße vermitteln und im Austausch zu den Schüler:innen sind.

Für die Zielgruppe ist ein kleiner, überschaubarer Standort in der Nähe aufgrund der intensiven Beziehungsarbeit sinnvoller, an einem großen Berufsschulstandort ist das nicht zu gewährleisten.

Von daher ist die schulgesetzliche Vorgabe der Anbindung dieser Werkschule an eine Berufsschule im Bremer Westen nicht optimal und zielführend. Im Schulgesetz sollte alternativ auch eine Anbindung an eine Oberschule ermöglicht werden, zumal der überwiegende Teil dieser speziellen Schülerschaft im Sek. 1 Alter ist. Auch eine Selbstständigkeit der Einheit Dudweiler Straße sollte nicht ausgeschlossen werden.

Ein Grundschulstandort im Eisenbahnerviertel muss geschaffen werden

Die Kinder aus der sogenannten Eisenbahnersiedlung im Stadtteil Sebaldsbrück müssen seit Jahrzehnten eine Schule im Stadtteil Osterholz (Uphuser Straße) besuchen und dabei die mittlerweile außerordentlich stark frequentierte Osterholzer Heerstraße (u.A. Mercedes-Verkehr) überqueren. Das ist für Kinder weitere Jahrzehnte lang nicht zumutbar, eine Grundschule sollte fußläufig ohne Probleme zu erreichen sein.

Die Beiräte begrüßen daher die Initiative der Bildungsbehörde, im Bereich Eisenbahnersiedlung einen neuen Grundschulstandort zu planen; dieser sollte aber nicht zu Lasten des derzeitigen Standortes der Werksschule gehen, zumal die Raumgrößen an der Dudweiler Straße seinerzeit für Lernbehinderte (Frequenz max. 16) ausgelegt wurden – und dass in Steinbauweise, also nicht leicht abzuändern sind.

Die Bildungsbehörde wird daher aufgefordert, einen alternativen Standort im Gebiet vorzuschlagen. Vorstellbar wäre z.B. eine Containerlösung auf dem Gelände der Dudweiler Straße in Absprache mit dem Fachpersonal vor Ort.

Die Beiräte wünschen weiterhin eine zeitnahe Umsetzung des seinerzeit einstimmig von allen drei Beiräten geforderten Berufsschulcampus Ost dazu sollen ein Zeitplan und die aktuellen Standortplanungen mitgeteilt werden.

Die Beiräte berufen eine gemeinsame Planungskonferenz zur Schulstandortplanung ein

Die Planungskonferenz wird für die Beiratsgebiete Hemelingen, Osterholz und Vahr für September oder Oktober einberufen und soll durchgeführt werden, sobald die aktuellen Bevölkerungsprognosen eingearbeitet wurden. Der Termin und die Tagesordnung sollen in Absprache zwischen Bildungsbehörde und Beiräten festgelegt werden.

Eine Planungskonferenz „Schulstandortplanung Ost“ durch die Bildungsbehörde wie vor ein paar Jahren für den ganzen „Bezirk Ost“ ist inhaltlich nicht zielführend, da das Planungsgebiet viel zu groß ist um auf einzelne Standorte einzugehen. Die Vahr war zudem nicht dort vertreten, da die Schulbezirke nicht den Verwaltungsgrenzen des Bezirkes Ost

entsprechen. Die drei Stadtteile zusammen haben mit einer Einwohnerzahl von weit über 100.000 Personen bereits die Größe eine Großstadt, eine eigene Vorstellung der Planungen für diesen Teil Bremens ist daher durchaus angemessen und unverzichtbar. Da dieser Beschluss aus einer Planungskonferenz resultiert ist er der zuständigen Deputation für Bildung vorzulegen.

Jörn Hermening lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmung: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Beschlüsse aus dem Regionalausschuss Rennbahngelände 03.06.2025

Jörn Hermening erläutert, dass die Beschlüsse aus dem Regionalausschuss vom Beirat bestätigt werden müssen, um anerkannt zu werden. Aus diesem Grund werden die Beschlüsse kurz verlesen und abgestimmt.

Verwendung Bundespreis Stadtgrün:

Der Regionalausschuss fasst den Beschluss, die zur Verfügung stehenden Mittel aus dem „Bundespreis Stadtgrün“ für eine erste Maßnahme im Rahmen der Erstellung eines naturnahen Spielplatzprojekts zu verwenden.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Beschluss Angeln

Der Regionalausschuss bittet die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) sowie die ZwischenZeitZentrale (ZZZ), entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und das Angeln in den genannten Gewässern ausdrücklich zu untersagen.

Darüber hinaus richtet der Regionalausschuss die Bitte an die zuständige Naturschutzbehörde, die sich in den Gewässern befindlichen Koi-Fische fachgerecht zu entnehmen.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Querungshilfen zum Rennbahngelände

Der Regionalausschuss fordert das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) auf, unverzüglich Maßnahmen zur Einrichtung einer Querungshilfe zur sicheren Überquerung der Ludwig-Roselius-Allee in Höhe der Galopprennbahn zu ergreifen.

Der Regionalausschuss fordert das ASV auf, mit der Planung zur Einrichtung einer Querungshilfe in der Straße Hinter dem Rennplatz, auf Höhe der Galopprennbahn, zu beginnen.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag der CDU: Freiluft Party Gesetz

Dr. Christian Kornek stellt den Antrag der CDU vor und weist darauf hin, dass das Kollektiv dreimal zum Austausch in den Geschäftsführungsausschuss eingeladen wurde, jedoch erst beim vierten Mal erschienen sei.

Ralf Bohr widerspricht dieser Darstellung. Seiner Einschätzung nach sei das Gespräch mit dem Kollektiv konstruktiv verlaufen; unter anderem sei auch Dirk Bülow anwesend gewesen. Die Veranstalter verpflichteten sich, die geltenden Regeln einzuhalten, und zeigten hierzu Bereitschaft. Bohr kritisiert, dass die CDU Stimmungsmache betreibe. Andere Beiräte würden Freiluftpartys in ihrem Stadtteil komplett ausschließen, was aus seiner Sicht nicht zielführend sei. Das Gesetz erlaube sieben Partys pro Jahr, tatsächlich würden jedoch nur drei bis vier Veranstaltungen durchgeführt. Er schlägt vor, den Antrag der CDU abzulehnen und den Dialog mit dem Kollektiv fortzuführen.

Mine Müller stimmt dem Vorschlag zu. Sie hebt hervor, dass das Kollektiv aus ihrer Sicht eine positive Entwicklung durchlaufen habe. Ein Verbot würde ein falsches Signal senden, da eine gesetzliche Grundlage existiere. Sie befürwortet, das Kollektiv bei Problemen weiterhin in den Fachausschuss einzuladen.

Sebastian Springer betont, dass Bremen mit der gesetzlichen Regelung eine Errungenschaft habe. Das Gespräch mit dem Kollektiv sei versöhnlich verlaufen. Er hält den Antrag der CDU für überzogen und plädiert dafür, die Partys weiterhin am Mahndorfer See stattfinden zu lassen.

Reinhard Zwilling weist darauf hin, dass die Nachtruhe der Bürger:innen zu berücksichtigen sei. Gleichzeitig würde ein generelles Verbot die Veranstaltungen in die Illegalität treiben.

Uwe Jahn merkt an, dass es unmöglich sei, es allen Beteiligten recht zu machen.

Yunas Kaya betont, dass das Kollektiv bereits mehrfach eingeladen wurde und erst erscheine, wenn die Situation kritisch werde. Ein kooperatives Verhalten könne nicht einseitig erwartet werden.

Elisabeth Laß spricht sich eher für eine Ausweitung der Betrachtung aus. Die Seebesucher und Anwohnenden würden tagsüber durch viele grillende Gruppen und Musikanlagen stark beeinträchtigt. Sie plädiert für einen Interessenausgleich und die gleichwertige Bereitstellung nicht-kommerzieller Räume. Das Thema könne im Fachausschuss Inneres und Sport erneut behandelt werden. Sie appelliert, am Thema dranzubleiben.

Eine Bürgerin erläutert ihre Motivation für den Notantrag, der zur Behandlung im Fachausschuss geführt hat. Sie hebt hervor, dass sie und ihre Nachbarn die Nachtruhe benötigen und nicht durch nächtliche Partylärm belästigt werden wollen. Sollte sich die Situation verschärfen, werde sie erneut den Beirat informieren. Sie appelliert an die anwesenden Bürgerschaftsabgeordneten, das Thema auch in die Bürgerschaft einzubringen.

Ralf Bohr schlägt abschließend vor, das Thema im Fachausschuss Inneres und Sport engmaschig zu begleiten und im Austausch mit Dirk Bülow (Kontaktpolizist) zu bleiben. Das Oberthema „Lärmquellen“ solle auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses gesetzt werden.

Jörn Hermening lässt über den Antrag der CDU abstimmen.

Der Mahndorfer See wird zukünftig als Fläche für Freiluftpartys ausgeschlossen.

Abstimmung: Ablehnung (4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Der Antrag der CDU wird abgelehnt. Das Thema wird in die Themenliste des Fachausschusses Inneres und Sport aufgenommen.

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 18.09.2025 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Mahndorf stattfinden.

Geplante Themen:

- Naturschutzgebiet Weseraue
- Brückensanierung und Neubau Autobahnbrücke A1 incl. Fahrradnutzung und Sanierung Karl-Carstens-Brücke
- Verunreinigungen Hemelinger Bahnhofstraße und umzu

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll